

Presseinformation

Kiel, den 14.12.2005

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 17 Mehrwertsteuererhöhung für Senkung der Lohnnebenkosten Drs. 16/373

Im Grunde ist sich hier im Landtag doch die überwiegende Mehrheit einig darüber, dass eine Mehrwertsteuererhöhung nur Sinn macht, wenn man die Einnahmen zu 100% zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet. Eine Mehrwertsteuererhöhung darf nicht als Haushaltssanierung „verbraten“ werden, sondern muss für den Umbau des Sozialstaates dahingehend genutzt werden, dass der Faktor Arbeit entscheidend entlastet wird.

Das war zumindest noch der Sachstand bei der Debatte des Landtages über dieses Thema im Juni dieses Jahres. Auch schon davor – z.B. in 2003 und 2004 – war sich eine breite Mehrheit im Landtag – nämlich SSW, SPD, CDU und die Grünen - immer über die Zielsetzung einer Mehrwertsteuererhöhung einig: alles sollte zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden, weil wir die Arbeit in Deutschland billiger machen wollen.

Von daher ist es klar, dass der SSW dem Antrag der Grünen mehr abgewinnen kann als dem Antrag von CDU und SPD, der diese Forderung aus nachvollziehbaren Gründen etwas abgeschwächt hat. Bei CDU und SPD soll die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes die Lohnnebenkosten nur noch spürbar senken. – Soll heißen: das erzielte Aufkommen soll eben nicht zu 100% für eine Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Der Grund dieses Sinneswandels liegt in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag der Großen Koalition auf Bundesebene.

Aus Sicht des SSW muss man den erzielten Berliner Kompromiss in der Frage der Mehrwertsteuererhöhung als schwach charakterisieren. Vielleicht lag das ja auch an den völlig gegensätzlichen Positionen im Wahlkampf, wo die SPD - sehr populistisch - eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als „Merkel-Steuer“ verunglimpft hatte. - Und dies, obwohl fast alle Akteure wussten, dass eine Anhebung der Mehrwertsteuer so oder so kommen würde. Schließlich liegt die Bundesrepublik mit ihrem 16% - Mwst-Satz am unteren Ende des europäischen Durchschnitts.

Die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel plant jetzt, dass die Mwst ab dem 1.1.2007 um 3% erhöht werden soll. Allerdings soll von den Einnahmen nur ein Drittel zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden, während zwei Drittel jeweils zur Haushaltskonsolidierung von Bund und Ländern genutzt werden sollen. Gleichzeitig soll der Rentenbeitrag ab dem 1.1.2007 etwas angehoben werden. Bei allem Verständnis für die Interessen der Finanzminister greift eine Nettosenkung der Lohnnebenkosten von nur 0,6% bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3% viel zu kurz und ist wirtschaftlich kontraproduktiv.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung hatte noch im Frühjahr errechnet, dass eine Senkung der Lohnnebenkosten um 1%-Punkt bei maßvoller symmetrischer Erhöhung der MWST bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze gerade in den lohnintensiven Wirtschaftsbereichen schaffen



könnte. Wenn aber jetzt die MWST um einen Schlag auf 3% erhöht wird, dürfte dieser Effekt nach Ansicht aller Experten ausbleiben. Im Gegenteil: die Konjunktur könnte davon Schaden nehmen. Das sagt ja sogar der neue Bundesfinanzminister Steinbrück. Die Politik der neuen Bundesregierung basiert im Grunde auf die vage Hoffnung, dass in 2006 der Aufschwung kommt und wir uns deshalb diese Mwst-Erhöhung ab 2007 leisten können. Eine ziemlich enttäuschende und kurzsichtige Perspektive für ein Bündnis, das doch so viel Macht hinter sich vereinigt.

Vor diesem Hintergrund würde es der SSW begrüßen, wenn die große Mehrheit des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei ihrer bisherigen Haltung bleibt und ein klares Signal in Richtung Berlin schickt: dass nämlich eine Mehrwertsteuererhöhung nur vernünftig ist, wenn das gesamte Aufkommen zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird.

